

Datteln IV ist einen Schritt weiter

Der Regionalverband Ruhr stimmte über die Kraftwerksplanung ab. Nun muss sich die rot-grüne Landesregierung auf eine gemeinsame Linie einigen

WAZ v. 06.07.13

Von Tobias Blasius
und Matthias Korfmann

Essen/Düsseldorf. Die Fronten waren schon vor der Abstimmung gestern im RVR-Ruhrparlament klar: CDU, SPD und FDP wollen den Kraftwerksneubau in Datteln nicht ausbremsen. Grüne und Linke haben erhebliche Vorbehalte. Keine Überraschung also bei der Abstimmung gestern in Essen. Aber jeder in der Saal wusste natürlich, welche Sprengkraft Datteln IV hat. Und darum waren die Revier-Politiker am Ende froh, das heiße Eisen an die Landesregierung weitergeben zu können. „Jetzt ist das endlich vom Tisch“, hieß es.

Etwa 30 Demonstranten aus einem „Aktionsbündnis gegen Datteln IV“ hatten den Abgeordneten am Morgen einen rauen Empfang bereitet. Ihre Botschaft: „Nicht die Hände schmutzig machen!“ „Die Politiker machen sich zu willfährigen Erfüllungsgehilfen des Energieriesen Eon“, wettete Dirk Jansen, BUND-Geschäftsführer.



„Das ist ein guter Tag für NRW“

Thomas Eiskirch (SPD)

Thomas Eiskirch, Wirtschafts-Experte der SPD im Landtag, sprach indes im Ruhrparlament aus, was auch CDU, FDP und die DGB-Gewerkschaften glauben: „Das ist ein guter Tag für den Industrie- und Energiestandort NRW.“ Moderne und effiziente Kraftwerke seien besser als „alte Möhren“. Eiskirch hofft auf zügige Prüfung durch die Staatskanzlei und sogar auf ein Ende des Verfahrens „noch in diesem Jahr“. Grüne und Linke lehnen Datteln IV ab.

Für die rot-grüne Landesregie-



Düstere Plakate, deutliche Ansagen: Demonstranten vor dem Ruhrparlament in Essen.

FOTO: TIM SCHULZ

rung ist mit dem Beschluss vom Freitag eine dreijährige Phase des Abwartens aus sicherer Distanz beendet. Bislang konnten SPD und Grüne ihre total widersprüchlichen Haltungen zu „Datteln IV“ hinter zwei Sätzen verbergen: „Die Landesregierung baut keine Kraftwerke und reißt auch keine ab. Am Ende entscheiden die Gerichte.“

Nun aber muss sich Staatskanzlei-Chef Franz-Josef Lersch-Mense (SPD) über den RVR-Antrag auf „Zielabweichung“ von der Landesplanung beugen. Er muss sich vorstellen, dass der Standort des fast fertigen Milliardenprojekts noch eine grüne Wiese wäre und prüfen, ob in der raumordnerischen Abwägung mit dem übrigen Gleichgewicht aus Industrie, Wohnen und Umwelt dort ausnahmsweise eines der größten Kraftwerke Europas vertretbar wäre. Eines, das nicht einmal die Vorgabe der Verfeuerung von heimischer Kohle erfüllt. Also alles zurück auf Anfang.

Anschließend muss Ministerprä-

sidentin Hannelore Kraft (SPD) ihr Kabinett mit so unterschiedlichen Akteuren wie Umweltminister Johannes Remmel (Datteln-Gegner, Grüne) und Wirtschaftsressortchef Garrelt Duin (Datteln-Befürworter, SPD) auf eine Linie einstimmen. Kraft will das wirtschaftliche Symbolprojekt zwar nicht ohne Not sterben lassen, vermeidet aber jedes lautstarke Bekenntnis, das sie persönlich mit der verkorksten Geschichte dieses Kraftwerks identifi-

Strom für die Bahn und Fernwärme für Haushalte

■ **Datteln IV** gilt als das modernste Steinkohlekraftwerk Europas. Die Anlage des Konzerns Eon soll ein Viertel des Strombedarfs der Deutschen Bahn decken und 100 000 Haushalte mit Fernwärme versorgen. Mehr als eine Milliarde Euro hat Eon schon investiert.

zieren oder das Koalitionsklima trüben könnte. „Die rechtlichen Hürden durch die Entscheidungen der Gerichte sind sehr hoch. Auch deshalb gilt für alle weiteren Schritte der Grundsatz Sorgfalt vor Schnelligkeit“, sagt Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen. Die SPD dagegen will Klarheit über den zweiten Planungsanlauf bis spätestens Ende des Jahres, die Opposition sogar noch vor der Bundestagswahl. „Das rot-grüne Versteckspiel hinter Gerichtsurteilen muss nun zwangsläufig ein Ende haben“, forderte CDU-Wirtschaftspolitiker Thomas Kufen.

Der politische Druck und die juristische Herausforderung sind für die Landesregierung groß. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte 2009 beim Baustopp den rechtlich nicht abgesicherten Kraftwerkstandort, nicht eingehaltene Umweltschutzbestimmungen und einen zu geringen Abstand zur Wohnbebauung moniert. Neue Klagen gelten als sicher.

Von Ulf Meinke



Die vielen Fehler im Fall Datteln

Der Fehler ist gemacht. In Datteln wurde ein milliarden-schweres Steinkohlekraftwerk gebaut, wie es eigentlich nicht hätte gebaut werden dürfen. Der Energie-riese Eon und die Politik haben ein Lehrstück darüber geliefert, was alles misslingen kann bei der Organi-sation eines industriellen Großpro-jekts. Allen voran Eon unterschätzte wohl, wie einflussreich Bürger sein können, wenn sie sich vor Gericht wehren. Klar ist: Ein Konzern irrt sich gewaltig, wenn er glaubt, er könne einfach Fakten schaffen und nach-träglich Genehmigungen einholen.

Doch viele Argumente sprechen für das neue Kraftwerk: Allein durch Wind und Sonne lässt sich Deutsch-land derzeit noch nicht sicher und bezahlbar mit Strom und Wärme versorgen. Es ist besser, ein effizien-tes Kohlekraftwerk zu betreiben als drei oder vier alte Dreckschleudern. Es kommt auf einen guten Energie-mix an. Dazu gehört für einen Über-gangszeitraum auch die Kohle. Es wäre ein Irrsinn, die fast vollständig gebaute Anlage wieder abzureißen.